

Verwaltung

Frau Dr. Anne Bunte
Herr Friedel Giesen-Weirich
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Tobias Käufer
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner
Herr Stephan Neuhoff
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Dr. Kurt Rinnert
Herr Bernd Rosenberger
Herr Jörg Simon
Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführer

Herr Volker Kaune

Schriftführerin

Frau Evelyne Jeske

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Peil GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Jürgen Zastrow CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli GOL

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 30. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014.

Sie erteilt SE Frau Röhrig das Wort, die Änderungswünsche zur Niederschrift des Gesundheitsausschusses am 09.07.2013 hat.

SE Frau Röhrig merkt zur vorgenannten Niederschrift, Seite 10, TOP 6.6 – Rettungshubschrauberstation für Köln – Alternativstandort Flugplatz Kurtekotten – folgendes an:

Sie habe keine Zustimmung zum Projekt Kalkberg signalisiert. Sie habe sich auch nicht erleichtert über die schnelle Prüfung geäußert wie alle anderen. Daher sei ihr Name in der Aufzählung herauszunehmen.

Die Verwaltung entschuldigt sich für die unkorrekte Protokollierung.

Im Anschluss daran bedankt sich die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach mit einem Blumenstrauß bei der Schriftführerin Frau Jeske für die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Geschäftsführung Gesundheitsausschuss und Unterausschuss Selbsthilfegruppen und lässt die ihr darüber hinaus zugeordneten Aufgabengebiete der letzten 27 Jahre im Gesundheitsamt Revue passieren. Sie und die Mitglieder des Gesundheitsausschusses wünschen Frau Jeske für die bevorstehende (passive) Altersteilzeit alles Gute.

Frau Jeske bedankt sich für die netten Worte und für den Blumengruß.

Nach diesen Ausführungen erklärt sich der Gesundheitsausschuss mit der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung einverstanden und legt sie wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Aktuelles aus der Infektiologie und Umweltmedizin

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Trinkwasserversorgung während Hitzeperioden
hier: Stellungnahme der Verwaltung
2405/2013

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Aktuelle Flucht- und Rettungspläne in Kölner Schulen und Kindertagesstätten
AN/0995/2013

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Bekämpfung von Krankenhausinfektionen und resistenten Krankheitserregern in Köln
AN/1052/2013

5 Beschlussvorlagen

5.1 Bestellung des Schriftführers und seines Vertreters
2493/2013

- 5.2 Maßnahmen zur gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Sexarbeiterinnen im Kölner Süden
Umsetzung von Ziffer 9 des Ratsbeschlusses vom 07.04.2011
2319/2013
- 5.3 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung einer Röntgenanlage inklusive der damit im Zusammenhang stehenden Umbaumaßnahmen
2465/2013
- 5.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2013
2564/2013
- 5.5 Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Brück
hier: Baubeschluss
4061/2012
- 5.6 Unbefristete Verlängerung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für den Regierungsbezirk Detmold sowie Zusetzung einer 0,5 Stelle VA aufgrund gesteigerter Fallzahlen
2902/2013
- 5.7 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
3088/2013
- 6 **Mitteilungen****
- 6.1 Umsetzung der Trinkwasserverordnung
hier: Legionellenuntersuchungen in Wohngebäuden
2388/2013
- 6.2 Regionale Einrichtung für Tuberkulosekranke
hier: Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Unna in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 27. Mai 2013, TOP 3.1
2522/2013
- 6.3 PFT im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich
hier: Sachstand zum 30.08.2013
2932/2013
- 6.4 Rettungshubschrauberstation Köln auf dem Kalkberg
Machbarkeitsstudie Anlage einer Aussichtsplattform
2521/2013
- 6.5 Interkulturelles Maßnahmenprogramm (4241/2012) - weiteres Verfahren
2907/2013

6.6 Sachstandsbericht zur Durchführung der Beschäftigtenbefragung "Arbeitssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln"
2785/2013

6.7 Information zur ersten "Woche für Seelische Gesundheit" in Köln
3061/2013

7 Mündliche Anfragen

7.1 Brände in Sortier- und Abfallverwertungsbetrieben

7.2 Gesundheitliche Versorgung von Wanderarbeiterinnen und -arbeiter

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Beschlussvorlagen

11.1 Vergabe von Leistungen zur Einbindung in den öffentlichen Luftrettungsdienst der Stadt Köln
2875/2013

12 Mitteilungen

12.1 Prüfbericht der ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung im Bereich Lebensmittelüberwachung bei 57 - Umwelt- und Verbraucherschutzamt (4478/2011), Sachstandsbericht 1641/2013
3065/2013

13 Mündliche Anfragen

13.1 Notfallversorgung in Kölner Krankenhäusern

I. Öffentlicher Teil

A. Aktuelles aus der Infektiologie und Umweltmedizin

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zusammen mit TOP 4.1 – Bekämpfung von Krankenhausinfektionen und resistenten Krankheitserregern in Köln – zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr Professor Dr. Wiesmüller, Leiter der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, referiert anhand einer Powerpoint-Präsentation zum Thema „Aktuelles aus der Infektiologie und Umweltmedizin“ (*Anlage 1*).

Danach werden die Fragen von SB Frau Houben, RM Herrn Dr. Strahl, SE Herrn Dr. Theisohn und SE Herrn Steffens von Herrn Professor Dr. Wiesmüller beantwortet.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für den informativen Vortrag.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Trinkwasserversorgung während Hitzeperioden hier: Stellungnahme der Verwaltung 2405/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Frau Röhrig bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Aktuelle Flucht- und Rettungspläne in Kölner Schulen und Kindertagesstätten AN/0995/2013

Es liegt noch keine Antwort vor.

RM Herr Dr. Strahl bittet, die Ergebnisse auch dem Ausschuss Schule und Weiterbildung, dem Jugendhilfeausschuss und dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zur Kenntnis zu geben.

RM Herr Paetzold weist darauf hin, dass dies bereits im FDP-Antrag stehe.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Bekämpfung von Krankenhausinfektionen und resistenten Krankheitserregern in Köln AN/1052/2013

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP A – Aktuelles aus der Infektiologie und Umweltmedizin – behandelt.

SB Frau Houben erläutert den Antrag der FDP-Fraktion und ergänzt in Punkt 1 das Wort *in* vor **der Stadt Köln**.

RM Herr Paetzold hinterfragt in einem kurzen Statement die Sinnhaftigkeit des ersten Punktes des Antrages, auch vor dem Hintergrund des Vortrages von Herrn Professor Dr. Wiesmüller und schlägt vor, diesen Absatz zu streichen.

Zu Punkt 2 regt Herr Paetzold an, zunächst von der Verwaltung zu hören, wie der Beschluss des FDP-Antrages vom 11.12.2012 bisher umgesetzt wurde.

SB Frau Barion spricht sich für eine Rücknahme des FDP-Antrages aus. Auch RM Frau Gärtner hält eine Zurückstellung des Antrages für sinnvoll.

Nach längerer Diskussion zwischen der Antragstellerin SB Frau Houben, den Ausschussmitgliedern SB Frau Barion, RM Frau Gärtner, der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach und Herrn Professor Dr. Wiesmüller schlägt RM Herr Paetzold folgenden **Änderungsantrag** vor:

Punkt 1 wird gestrichen.

Punkt 2 erhält folgenden Wortlaut:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Gesundheitsausschuss zu berichten, was von dem Beschluss in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 11.12.2012 zum FDP-Antrag AN 1789/2012 umgesetzt worden ist (Hygienemaßnahmen in Kindertagesstätten, Schulen und öffentlichen Toiletten). Außerdem wird um eine Einschätzung der Verwaltung gebeten, was von diesen bereits verwirklichten Maßnahmen auch in anderen Einrichtungen der Stadt Köln umgesetzt werden könnte.

SB Frau Houben erklärt sich mit dem neuen Wortlaut einverstanden.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bringt folgenden **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Gesundheitsausschuss zu berichten, was von dem Beschluss in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 11.12.2012 zum FDP-Antrag AN 1789/2012 umgesetzt worden ist (Hygienemaßnahmen in Kindertagesstätten, Schulen und öffentlichen Toiletten).

Außerdem wird um eine Einschätzung der Verwaltung gebeten, was von diesen bereits verwirklichten Maßnahmen auch in anderen Einrichtungen der Stadt Köln umgesetzt werden könnte.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5 Beschlussvorlagen

**5.1 Bestellung des Schriftführers und seines Vertreters
2493/2013**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss bestellt für die restliche Wahlzeit 2009/2014 Herrn Volker Kaune (53) zum Schriftführer und Herrn Detlef Damm (53) zu seinem Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.2 Maßnahmen zur gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Sexarbeiterinnen im Kölner Süden
Umsetzung von Ziffer 9 des Ratsbeschlusses vom 07.04.2011
2319/2013**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt,

1. in den zwischen 20 Uhr und 6 Uhr regelmäßig genutzten Parkplatzbereichen der Brühler Landstraße, des Robinienweges und der Straße Am Eifeltor die in der Vorlage beschriebenen Beleuchtungen und Toiletten aufzustellen.

Zur Umsetzung der Maßnahme beschließt der Rat überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von 6.500 € für das Haushaltsjahr 2013 sowie 23.100 € für das Haushaltsjahr 2014 im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste - in der Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen).

Die überplanmäßigen Aufwendungen werden durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung – in der Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) in entsprechender Höhe gedeckt.

2. durch Umschichtung vorhandener Kapazitäten bei einem freien Träger (Sozialdienst katholischer Frauen SkF e.V.) mit einer Stelle ein neues Angebot für allgemeine sozialpädagogische Beratung und Begleitung von Sexarbeiterinnen ohne zusätzliche finanzielle Zuwendungen der Verwaltung zu etablieren;
3. den aktuellen Bedarf für aufsuchende Präventionsarbeit sowie für den Einsatz von Sprachmittler/innen in der Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten zu erheben und damit eine Aussage zum Umfang und zur Qualität ggf. erforderlicher zusätzlicher personeller Kapazitäten im Gesundheitsamt zu treffen;

4. dem Rat bis zum 31.12.2014 einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.3 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung einer Röntgenanlage inklusive der damit im Zusammenhang stehenden Umbaumaßnahmen
2465/2013**

SB Frau Houben möchte von der Verwaltung wissen, ob alternative Möglichkeiten geprüft wurden, da die nach ihrer Auffassung maximale Auslastung des Gerätes täglich nur ca. eine Stunde sei.

Frau Dr. Bunte, Leiterin des Gesundheitsamtes und Fachärztin für Radiologie und Diagnostik, erläutert, dass zur Diagnostik einer Tuberkuloseerkrankung nicht nur geröntgt werde, sondern eine Blutuntersuchung oder ein Hauttest vorgeschaltet werden. Bevor die Verwaltung die Beschlussvorlage dem Gesundheitsausschuss vorgelegt habe, wurden Alternativen geprüft, aber aufgrund der Komplexität nicht gefunden.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Gemäß § 10 (6) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln stellt der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales den Bedarf zur Beschaffung einer Röntgenanlage (inklusive der dazugehörigen Peripheriegeräte) im Wert von ca. 188.000 € zuzüglich der erforderlichen Umbau- und Rückbaumaßnahmen mit einem Auftragsvolumen von

- a) ca. 25.000 € für Rückbau und Entsorgung der Altanlage und
 - b) ca. 45.000 € für Umbauarbeiten zur Installation der Neuanlage
- fest.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt aus im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2013
2564/2013**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ des Gesundheitsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales und Senioren, im Haushaltsjahr 2013 die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich - unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013/2014 - gemäß der beigefügten Anlage, zu fördern. Mittel stehen im Teilplan 0701 - Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Die Restmittel werden der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe (bis 512,00 €) nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, zu bewilligen und auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.5 **Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr
Brück
hier: Baubeschluss
4061/2012****

RM Frau Gärtner bringt ihre Freude zum Ausdruck, dass nun endlich diese Vorlage dem Gesundheitsausschuss vorgelegt wird. Wichtig sei ihr, dass bei Komplikationen während der Umsetzungsphase umgehend der Ausschuss informiert werde, damit gemeinsam die eventuellen Probleme aus dem Weg geräumt werden können.

RM Frau Schmerbach möchte von der Verwaltung wissen, ob dies die konkreten Kosten seien, die für den Neubau berechnet wurden.

Herr Neuhoff, Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, bestätigt, dass dies eine Kostenrechnung nach DIN sei, also nach dem heutigen Kenntnisstand. Letztendlich wisse man die endgültigen Kosten erst dann, wenn Ausschreibung und Vergabe erfolgt seien.

Beschluss:

1. Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Kostenberechnung zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Brück am Standort Hovenstraße 38 mit Gesamtbaukosten in Höhe von 1.367.000 € (davon 80.000 € Planungskosten) und Einrichtungskosten in Höhe von 60.000 € und beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, mit der Submission und der Baudurchführung.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der zur Baudurchführung notwendigen Mittel in Höhe von 1.287.000 € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen, bzw. Finanzstelle 3701-0212-8-5900 „Neubau Feuerwehrgerätehaus Brück“, Haushaltsjahr 2013

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.6 **Unbefristete Verlängerung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für den Regierungsbezirk Detmold sowie Zusetzung einer 0,5 Stelle VA aufgrund gestiegener Fallzahlen
2902/2013****

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat ermächtigt die Verwaltung zum unbefristeten Abschluss des als Anlage 1 beigefügten Entwurfes der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für den Regierungsbezirk Detmold ab dem 01.01.2014 (siehe Ratsbeschluss vom 20.12.2011, Vorlagen Nr. 3810/2011).

In diesem Zusammenhang beschließt der Rat die Entfristung der zunächst bis 31.12.2013 eingerichteten 0,25 Stelle Facharzt/Fachärztin VGr. I b/l a BAT.

Der Rat beschließt darüber hinaus zum Stellenplan 2015 aufgrund erheblicher Fallzahlensteigerung für den Bereich des Regierungsbezirks Köln die dauerhafte Zusetzung einer 0,5 Stelle Verwaltungsangestellte/Verwaltungsangestellter VGr. VII BAT. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans wird verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnung bereit gestellt.

Die Refinanzierungen der Aufwendungen im Teilplan 0701 Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen, in Höhe von insgesamt 43.075 € erfolgt in vollem Umfang durch Gebührenerträge sowie der Defizitfinanzierung der beteiligten Kommunen und Kreise in Teilplanzeile 4 – öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte.

Alternative.

Der Rat beschließt, auf weitere interkommunale Zusammenarbeit mit den dem Regierungsbezirk Detmold angehörenden kreisfreien Städten und Kreisen zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.7 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
3088/2013**

Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt im Zusammenhang mit der Vorlage nach, wie der Stand der Nachbesetzung der Stelle Geschäftsführung Kommunale Gesundheitskonferenz sei.

Frau Beigeordnete Reker erklärt, dass ein Vorschlag zur Wiederbesetzung der Stelle erfolgt sei. Die Besetzung entspräche auch den formalen Voraussetzungen, die bei der Stelle und beim Mitarbeiter vorlägen. Sie hoffe, sich dem endgültigen Ergebnis zu nähern.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach wünscht sich bis spätestens zum Jahresende eine Nachfolgeregelung.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

- Frau Sabine Steiniger-Bollmann, Netzwerk Gesundheitsbildung zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz und
- Frau Prof. Dr. Eike Quilling, Netzwerk Gesundheitsbildung zum stellvertretenden Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6 Mitteilungen

6.1 Umsetzung der Trinkwasserverordnung hier: Legionellenuntersuchungen in Wohngebäuden 2388/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Paetzold ist besorgt darüber, dass in 10% der Objekte extrem hohe Kontaminationen festgestellt wurden. Er möchte wissen,

- wie es um die Kläranlagen in Köln bestellt sei und
- ob die Verwaltung mit den relativ spärlichen personellen Ressourcen die neue Trinkwasser-Verordnung umsetzen könne.

Herr Professor Dr. Wiesmüller erläutert, dass es bei den Kölner Brauereien keine mit Warstein vergleichbaren Probleme gebe. Alle Vorklärbecken seien abgedeckt und das Abwasser gehe direkt in die städtische Kanalisation.

Zur personellen Situation teilt er mit, dass vorgesehen sei, zum 1. November 2013 einen weiteren Mitarbeiter einzustellen, so dass dann vier Personen dieses Aufgabefeld abdecken werden.

Auf die Frage von RM Herrn Paetzold, ob die Legionellose meldepflichtig sei und wie viele Wasseranlagen sich in der Obhut des Gesundheitsamtes befinden, merkt Herr Professor Dr. Wiesmüller an, dass der Laborbefund meldepflichtig sei, es gebe aber bundesweit keine gesicherten Daten über die reale Anzahl der Legionellosen.

Zur Anzahl der Wasseranlagen gebe es ebenfalls keine gesicherten Daten, da nach der 2. Verordnung zur Änderung der Trinkwasserverordnung (14.12.2012) der Betreiber nicht mehr wie ursprünglich 2011 festgelegt, verpflichtet sei, die Anlage zu melden, was damit auch nicht mehr geschehe. Somit verfüge die Verwaltung leider nicht über ein entsprechendes Kataster.

6.2 Regionale Einrichtung für Tuberkulosekranke hier: Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Unna in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 27. Mai 2013, TOP 3.1 2522/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Nach Auffassung der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach hätte man auf den geschichtlichen Exkurs bei der Beantwortung der Anfrage verzichten können.

RM Herr Paetzold möchte von der Verwaltung wissen, ob sichergestellt sei, dass keine Personen mit einer ansteckenden Tuberkulose durch die Stadt laufen.

Herr Professor Dr. Wiesmüller sichert dies im Rahmen der Möglichkeiten des Gesundheitsamtes zu. Wenn allerdings Patientinnen und Patienten gegen den ärztlichen Rat und unabhigestimmt die Klinik verlassen, gebe es ein Problem. Hier versuche man niederschwellig, den Schwierigkeiten entgegenzuwirken.

Frau Dr. Bunte ergänzt, dass sie froh sei, die nicht krankenversicherten Patientinnen und Patienten zu erreichen. Es werde in jedem Einzelfall überlegt, wie die entlassenen Patientinnen und Patienten u.a. mit einer überwachten Therapie bei der Genesung unterstützt werden können.

SB Frau Barion findet die medizinisch historischen Darstellungen in der Beantwortung sehr aufschlussreich.

SE Herr Steffens sieht bei den Erkrankten das Compliance-Problem, das auch einer der Gründe für die Multiresistenzen sei. Ihn interessiere der Prozentsatz der Personen in Köln mit einer multiresistenten Tuberkulose.

Frau Dr. Bunte sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Antwort der Verwaltung:

2012 gab es 94 Neuerkrankungen mit folgenden Resistenzen:

2 INH-Resistenzen

Monoresistenz gegen Isoniazid

1 PZA-Resistenz

Monoresistenz gegen Pyrazinamid

1 INH & SM - Resistenz

Resistenz gegen Isoniazid und Streptomycin

3 MDR

Multi-drug-resistance: Resistenz gegenüber Isoniazid und Rifampicin

0 XDR

Extensive-drug-resistant tuberculosis

Resistenz gegen alle Erstlinien-Medikamente und Fluorchinolone und mindestens eines der injizierbaren Medikamente

Im Jahr 2013 wurden bis September 2013 73 Neuerkrankungen festgestellt. In dieser Zeit sehen die Resistenzen wie folgt aus:

1 INH-Resistenz

Monoresistenz gegen Isoniazid

6.3 PFT im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Me-schenich
hier: Sachstand zum 30.08.2013
2932/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herr Kaske möchte wissen, ob Entschädigungszahlungen an die Angelvereine bzw. an die Kiesgrubenbesitzer gezahlt werden.

Herr Professor Dr. Wiesmüller teilt mit, dass die Verwaltung auf diese privat rechtliche Fragestellung keinen Einfluss habe. Dies sei Sache der betroffenen Parteien.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, wie sich Perfluorierte Tenside abbauen.

Herr Professor Dr. Wiesmüller erläutert, dass sich Perfluorierte Tenside, je längerket-tig sie sind, extrem lange abbauen.

6.4 Rettungshubschrauberstation Köln auf dem Kalkberg
Machbarkeitsstudie Anlage einer Aussichtsplattform
2521/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Paetzold bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung des Gesundheitsaus-schusses den von der Bezirksvertretung Kalk beschlossenen Antrag der SPD-Fraktion

„Die Verwaltung wird beauftragt

1. bei der Errichtung der Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg darauf zu achten, dass die spätere Anlage einer Aussichtsmöglichkeit möglich bleibt;
2. weiterhin nach Finanzierungsmöglichkeiten für die zukünftige Errichtung einer Aussichtsmöglichkeit auf dem Kalkberg zu suchen.“

versehen mit einer Stellungnahme der Verwaltung, als Beschlussvorlage vorzule-gen.

Herr Stadtdirektor Kahlen bestätigt zu Ziffer 1, dass die Verwaltung die Planung un- verändert, wie im Grundsatzbeschluss angegeben, zonierte habe, so dass eine Aus- sichtsplattform immer möglich sei.

Zu Punkt 2 erläutert er, dass die Verwaltung durch die Leistungsverzeichnisse gebun- den sei. Der Finanzausschuss werde nächsten Montag über die aktuelle Finanzsitua- tion informiert.

Es sei zu beachten, dass die Verwaltung ein strukturelles Haushaltsdefizit habe. Auch wenn der Gesundheitsausschuss durch einen solchen Beschluss eine deutliche politi- sche Zielansprache mache, werde nach Auffassung von Herrn Stadtdirektor Kahlen im laufenden Haushalt 2013/2014 keine Finanzierung möglich sein. Hätte die Verwal- tung eine Erfolgsaussicht gesehen, wäre nach der Machbarkeitsstudie dem Aus- schuss ein Vorschlag unterbreitet worden.

RM Herr Paetzold erklärt, dass aufgrund der Aussage von Herrn Stadtdirektor Kahlen der 1. Absatz des Beschlusses erfüllt sei. Er bittet, diesen Teil des Protokolls auch der Bezirksvertretung Kalk zur Verfügung zu stellen.

Zu Punkt 2 bemerkt er, dass sich die Bezirksvertretung Kalk und der Gesundheitsausschuss dessen bewusst seien, dass in den nächsten Haushalten keine entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen werden. Sofern jedoch externe Zuschüsse für Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, sollte die Verwaltung prüfen, ob die Mittel in die Realisierung der Errichtung einer Aussichtsmöglichkeit fließen könnten.

RM Herr Paetzold fasst zusammen, dass mit den entsprechenden Zusagen der Verwaltung der Beschluss erfüllt sei.

Herr Stadtdirektor Kahlen bekräftigt seine Zusagen.

6.5 Interkulturelles Maßnahmenprogramm (4241/2012) - weiteres Verfahren 2907/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung ohne Aussprache zur Kenntnis.

6.6 Sachstandsbericht zur Durchführung der Beschäftigtenbefragung "Arbeitssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln" 2785/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Barion bittet, die Mitteilung zu schieben, da ihre Fraktion sich mit den gesundheitlichen Aspekten näher beschäftigen möchte.

RM Herr Dr. Strahl schließt sich den Worten seiner Vorrednerin an und bemängelt den Zeitplan der Veröffentlichung des Sachstandsberichtes: 12.09.2013 Vorstellung bei den Dezernaten, 13.09.2013 Pressekonferenz und am 16.09.2013 wird die Mitteilungsvorlage unterzeichnet.

Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach schließt sich dem Vertagungswunsch aus denselben Gründen an und möchte wissen, wie die Diskussion im AVR (Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/Internationales) verlaufen sei und ob es bereits Umsetzungskriterien gebe.

Herr Stadtdirektor Kahlen berichtet, dass in der gestrigen Sitzung des AVR festgelegt wurde, in einer gesonderten Veranstaltung die Ergebnisse der Befragung interessierten Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern vorzustellen, um dann in eine vertiefte Diskussion eintreten zu können.

Die Verwaltung habe noch keine Umsetzungskonzepte erarbeitet. Es sei für alle Beteiligten schwierig, Antworten auf die 1,4 Millionen Daten zu geben. Als nächstes werden die einzelnen Dienststellen zusammen mit den Dezernaten sowie den Personalräten die Teilergebnisse für ihren Bereich analysieren und überlegen, auf welche Art und Weise dann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selber an Verbesserungen arbeiten können.

Nach dieser Einführung durch Herrn Stadtdirektor Kahlen erläutern Herr Giesen-Weirich, Leiter des Betrieblichen Gesundheitsmanagements und Arbeitsschutzes, und

Herr Dr. Rinnert, Leitender Betriebsarzt der Stadt Köln, die vorliegende Mitteilung der Verwaltung und machen Angaben zum Work Ability Index (WAI), der ein Messinstrument zur Erfassung der Arbeitsfähigkeit von Erwerbstätigen ist. Außerdem werden Vergleiche zu anderen kommunalen Verwaltungen bzw. zu Sozialdiensten angestellt.

Beide stellen fest, dass die Ergebnisse insgesamt gut ausgefallen seien, mit klaren Hinweisen von Handlungsfeldern, die zu bearbeiten seien.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt im Namen der Ausschussmitglieder den Vorschlag, dass die Verwaltung eine gesonderte Veranstaltung zur Beschäftigtenbefragung durchführen werde. Danach solle erneut im Gesundheitsausschuss über den Sachstandsbericht diskutiert werden.

Herr Stadtdirektor Kahlen merkt an, dass die Verwaltung beabsichtige, Ende des Jahres die ersten Einschätzungen zu den weiteren Vorgehensweisen vorzulegen.

Zu den Anmerkungen von RM Herrn Dr. Strahl bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit teilt Herr Stadtdirektor Kahlen mit, dass die Vorlage am Freitag, 13.09.2013, den Ausschussmitgliedern zugestellt wurde. An dem Tag, an dem sie öffentlich war, wurden die Personalvertretung und auch die Presse informiert. Durch diese Vorgehensweise konnte verhindert werden, dass Daten aus dem Bericht unkommentiert in den Medien veröffentlicht werden und die Fragen der Pressevertreter direkt beantwortet werden konnten.

6.7 Information zur ersten "Woche für Seelische Gesundheit" in Köln 3061/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herrn Dr. Theisohn bewertet das Programm positiv.

SB Frau Barion fragt nach, ob dies nicht eigentlich eine Veranstaltung der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) sei.

Frau Dr. Bunte antwortet, dass die PSAG als Mitveranstalter in dieser Aktionswoche auch mit eigenen Veranstaltungen vertreten sei.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Brände in Sortier- und Abfallverwertungsbetrieben

RM Herr Dr. Strahl fragt nach dem Stand der Untersuchungen aufgrund der Brände in Sortier- und Abfallverwertungsbetrieben und möchte wissen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um solche Vorfälle zu minimieren.

Frau Beigeordnete Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

7.2 Gesundheitliche Versorgung von Wanderarbeiterinnen und -arbeiter

Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach möchte wissen, ob der Verwaltung bekannt sei, dass für die Versorgung von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern 7,5 Millionen Euro, davon 2 Millionen Euro für Kinder und Jugendliche, vom Land NRW zur Verfügung gestellt werde. Sollte dies der Fall sein, interessiere sie, wie das Konzept

der Versorgung und Integration aussehe und welche Schwerpunktsetzungen es gebe. Sie regt an, Mittel bei Klinikbehandlungen für Personen ohne Krankenversicherungsschutz einzusetzen.

Frau Beigeordnete Reker weist darauf hin, dass Herr Minister Schneider (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen) bei seinem Besuch in der Bundesagentur für Arbeit diese Zahlen bestätigte und wissen wollte, welche Anträge aus Köln zu erwarten seien.

Sie erläutert, dass fristgemäß ein Antrag zur Entwicklung spezieller Maßnahmen gestellt werde. Im Vorfeld der zur Verfügung gestellten Gelder habe sich Frau Dr. Bunte bereits an das Ministerium gewandt, um einzelne kleine Projekte zu verwirklichen. Köln sei derzeit noch nicht so stark betroffen, wie die Regionen im Ruhrgebiet.

Frau Dr. Bunte teilt mit, dass sie für die Kinder erreichen konnte, dass das Gesundheitsamt die Koordinierung der vom Land zur Verfügung gestellten Impfstoffe, die die Malteser verimpfen, habe. Die Impfstoffe werden bei Bedarf weitergegeben.

Das Land lehne zurzeit die Übernahme der Impfstoffkosten für z.B. Hepatitis-Impfungen für Erwachsene ab. Dem Gesundheitsamt sei es ebenfalls gelungen, dass ein Ultraschallgerät vom Land finanziert wurde. Seit einem Jahr werden aus dem bescheidenen Sachkostenbudget Mittel in beschränktem Maße für den Einsatz von Sprachmittlern für die Sprechstunden der Beratungsstelle für Familienplanung sowie der Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich Aids zur Verfügung gestellt.

Auf die Frage der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach, ob die Beantragung für das Job-Center rechtzeitig erfolgen werde, antwortet Frau Beigeordnete Reker, dass dies sichergestellt sei und die Maßnahme zum 1. Januar 2014 beginnen soll. Für die Umsetzung des Projektes werde noch je ein Träger im linksrheinischen und im rechtsrheinischen Köln gesucht.

Schmerbach
Ausschussvorsitzende

Jeske
Schriftführerin